



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 15.07.2008

AN/1415/2008

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	28.08.2008

Aktivitäten der Kurdischen Arbeiterpartei PKK im Kölner Südstadion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Die Stadt Köln wird künftig das Südstadion sowie alle übrigen in Frage kommenden städtischen Einrichtungen weder der PKK, noch der „Demokratischen Jugendkonföderation Kurdistan“ („Komalen Ciwan“) oder anderen PKK-nahen Organisationen für Veranstaltung zur Verfügung stellen.

Begründung:

Die Stadt Köln hat im Juli 2008 wiederholt einer der PKK nahestehenden Organisation das Südstadion für eine Großveranstaltung zur Verfügung gestellt. Der Verwaltung ist die Nutzung des Südstadions für Werbezwecke durch die verbotene PKK spätestens seit der Anfrage der Fraktion pro Köln „PKK im Südstadion“ in der Sitzung des Rates am 08.11.2007 bekannt. Trotzdem konnte die PKK über eine ihrer Nebenorganisationen das Südstadion erneut anmieten.

Die skandalöse Veranstaltung wurde als „Mazlum-Dogan-Festival“ öffentlich beworben. Schon der Name ließ für die Verantwortlichen bei der Stadt Köln deren PKK-Bezug erkennen. Mazlum Dogan war Mitglied des Zentralkomitees der PKK. Er nahm sich 1982 in türkischer Haft das Leben. Dogan ist prominent, die Eingabe seines Namens bei Google führt

zu Tausenden Ergebnissen, vorne an steht ein eigenes Kapitel des PKK-Märtyrers bei Wikipedia.

Jetzt haben im städtischen Südstadion Anhänger der PKK wieder einmal verbotene Symbole gezeigt, Terrorlosungen gerufen und die drei am Ararat entführten deutschen Bergsteiger als „Ehrengäste“ der PKK verhöhnt. Bedauerlich ist, daß die Kölner Polizei gezwungen war, die Versammlung der Terroristenfreunde zu schützen. Da platzte dann sogar dem als liberal geltenden Chef der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, der Kragen. Ihn zitiert die „Bild-Zeitung“ mit der Äußerung: „Die PKK ist eine Terrororganisation. Und die Kurden sollen ihre Konflikte gefälligst bei sich zu Hause austragen, nicht hier in Deutschland. Und wenn das dann noch auf diese Weise passiert und obendrein auf dem Rücken unserer Polizisten hier, geht das eindeutig zu weit.“

Mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit dem „Mazlum-Dogan-Festival“. „Es wurden verbotene Zeichen mit PKK-Bezug gezeigt“, zitiert der „Kölner Stadt-Anzeiger“ den verantwortlichen Staatsanwalt: „Wir müssen noch das Filmmaterial der Polizei auswerten. Dann werden wir konkreter vorgehen.“

Köln kann es sich als weltoffene und tolerante Stadt nicht leisten, mit der Unterstützung von Terroristen in Verbindung gebracht zu werden. Die Stadt darf deshalb der PKK und ihren Nebenorganisationen keine Räumlichkeiten und insbesondere keine Fußballstadien mehr für ihre Versammlungen zur Verfügung stellen.

gez. Manfred Rouhs